



ÄRZTEKAMMER BERLIN

Informationen zur Datenverarbeitung und zum Datenschutz im Rahmen der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen

I. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Ärztekammer Berlin Körperschaft des öffentlichen Rechts Friedrichstraße 16 10969 Berlin	Tel.: +49 30 / 40806-0 Fax: +49 30 / 40806-3499 Email: kammer@aekb.de Internet: www.aerztekammer-berlin.de
--	---

II. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Behördliche Datenschutzbeauftragte/r Friedrichstraße 16, 10969 Berlin	Tel.: +49 30 / 40806-0 E-Mail: Datenschutz@aekb.de
--	--

III. Zweck und Umfang der Datenverarbeitung

Personenbezogene Daten werden verarbeitet im Rahmen der

- Prüfung der Beitragspflicht;
- Festlegung der Beitragshöhe;
- Erhebung/Einziehung der Beiträge.

IV. Kategorien der Daten

Es werden folgende Daten verarbeitet

- Personenstammdaten, Mitgliedschaftsdaten, Adressdaten, Erreichbarkeitsdaten;
- Veranlagungsdaten;
- Einkommensdaten, Besteuerungsdate;
- Vorgangsbezogene Daten;
- Bank- und Inkassodaten, Zahlungsdaten.

V. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Artikel 6 Absatz 1 lit. b) und lit. e), Absatz 2 und 3 lit. b) DSGVO i. V. m. § 18 BerlHKG, § 257 Handelsgesetzbuch, § 147 Abgabenordnung

VI. Dauer der Speicherung

Ihre Einkommensdaten werden unverzüglich nach Beendigung des jeweiligen Beitragsvorgangs gelöscht. Ihre Veranlagungsdaten werden nach Ablauf des 11. Jahres nach Beendigung des jeweiligen Beitragsvorgangs gelöscht. Dies gilt auch für ggf. erteilte SEPA-Lastschriftmandate. Diese werden bereits nicht mehr genutzt, wenn 36 Monate nach der Erstlastschrift oder nach der letzten Folgelastschrift keine weitere Lastschrift erfolgt ist. Ihre Daten aus den Berufsverzeichnissen werden 30 Jahre nach der Beendigung der Mitgliedschaft oder dem Tod gelöscht. Dies gilt nicht, wenn die Daten aus gesetzlichen Gründen einer längeren Aufbewahrungspflicht unterliegen. In diesem Fall werden die Daten innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gelöscht. Im Übrigen gilt Artikel 17 DSGVO.



VII. Datenweitergabe / Datenübermittlung

Innerhalb der Ärztekammer Berlin erhalten nur diejenigen Personen oder Stellen Zugriff auf personenbezogenen Daten, die diese zur rechtmäßigen Erfüllung der gesetzlichen, vertraglichen oder sonstigen Pflichten benötigen. Die Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben und Verpflichtungen der Ärztekammer Berlin oder soweit hierzu eine Einwilligung vorliegt. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten sind:

- öffentliche Stellen, z. B. Vollstreckungsbehörden, Finanzämter, Gemeindekassen;
- Auftragsverarbeiter gemäß Artikel 28 DSGVO, z. B. Druck- und IT-Dienstleister.

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer oder internationale Organisationen außerhalb der EU findet nicht statt, es sei denn, dass hierzu Ihre Einwilligung vorliegt.

VIII. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO). Sind Ihre Daten in Akten gespeichert, so können Sie zusätzlich gemäß § 24 Absatz 6 BlnDSG Einsicht in die Akten verlangen. Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18 und 21 DSGVO). Ggf. steht Ihnen ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Artikel 20 DSGVO). Bitte wenden Sie sich hierfür gerne an uns. Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt, können Sie sich bei der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstraße 219, 10969 Berlin, beschweren.

VIII. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Als Mitglied der Ärztekammer Berlin sind Sie zur Bereitstellung der o. g. Daten gemäß § 18 Absatz 1 BerlHKG verpflichtet.

IX. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

In der Ärztekammer Berlin finden automatisierte Entscheidungsfindungen und Profiling nicht statt.